

Inhaltsübersicht

	Einleitung	Seite
A. Zur Konzeption des Bilanzrichtlinien-Gesetzes	3	
B. Zu den Auswirkungen des Bilanzrichtlinien-Gesetzes auf die GmbH	5	
C. Gang der Untersuchung	13	
1. Kapitel Die Aufstellung des Rechnungsabschlusses		
A. Die Pflicht zur laufenden Buchführung	15	
B. Die Pflicht zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts	24	
2. Kapitel Die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts durch den Abschlußprüfer		
A. Sinn und Zweck der Abschlußprüfung	56	
B. Gegenstand und Umfang der Abschlußprüfung	60	
C. Zur Bestellung und Abberufung des Abschlußprüfers	72	
D. Zum Ablauf des Prüfungsverfahrens	111	
E. Das Ergebnis der Abschlußprüfung	116	
3. Kapitel Die Prüfung der Rechnungslegung durch den Aufsichtsrat		
A. Die verschiedenen Aufsichtsrats-Modelle	127	
B. Zur Prüfung und Berichterstattung über die Abschlußunterlagen	129	
C. Zur Teilnahme des Abschlußprüfers an der Bilanzsitzung	145	
D. Zur Einsicht und Aushändigung der Prüfungsvorlagen	151	
E. Zu den Auswirkungen der Neuregelung auf die Funktion des Aufsichtsrates in der GmbH	157	
4. Kapitel Die Feststellung des Rechnungsabschlusses		
A. Zur Vorlage der Feststellungsunterlagen	160	
B. Der Feststellungsbeschuß	164	

	Seite
C. Zum Recht des einzelnen Gesellschafters auf Kenntnisnahme und Aushändigung der Jahresabschluß-Unterlagen	173
D. Zur Teilnahme des Abschlußprüfers an den Verhandlungen über die Feststellung des Rechnungsabschlusses	182
E. Zur Vorbereitung des Feststellungsbeschlusses	194
F. Zur Nichtigkeit des festgestellten Jahresabschlusses	196

5. Kapitel
Die Verwendung des Jahresergebnisses

A. Zur Regelung der Ergebnisverwendung	199
B. Zur Behandlung bereits vorhandener stiller Reserven	211
C. Der Ergebnisverwendungsbeschluß	216
D. Zur Absicherung der Gesellschafterminderheit	218

6. Kapitel
Die Publizitätspflicht der GmbH

A. Sinn und Zweck der Rechnungslegungspublizität	224
B. Zur abgestuften Publizitätspflicht der GmbH	226
C. Gesellschaftsvertragliche Abreden über die Publizitätspflicht	228
D. Organisatorische Ausweichmöglichkeiten zur Vermeidung der Publizitätspflicht	232
E. Zur organisatorischen Abwicklung der Publizität	237

7. Kapitel
Gestaltungsfreiheit und Satzungsstrenge unter dem Bilanzrecht der GmbH (ein Resumé)

A. Die Auswirkungen des Bilanzrichtlinien-Gesetzes auf die Unternehmensverfassung der GmbH	240
B. Zur Rechtfertigung einer GmbH-spezifischen Rechnungslegung	249

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	VII
Einleitung	1
A. Zur Konzeption des Bilanzrichtlinien-Gesetzes	3
I. Die Ziele des neuen Rechts der Rechnungslegung	3
II. Die Struktur des Bilanzrichtlinien-Gesetzes	3
B. Zu den Auswirkungen des Bilanzrichtlinien-Gesetzes auf die GmbH	5
I. Die GmbH als Hauptbetroffene der Bilanzrechtsreform	5
II. Zur Kollision unterschiedlicher Gesetzeskonzeptionen	6
1. Die rechtsformsspezifischen Unterschiede zwischen der AG und der GmbH	6
a) Das gesetzliche Leitbild der AG	6
b) Das gesetzliche Leitbild der GmbH	7
2. Die GmbH als kleine AG	8
3. Die Freistellung der GmbH & Co vom Bilanzrichtlinien-Gesetz	10
III. Eigener Ansatz	12
C. Gang der Untersuchung	13

1. Kapitel Die Aufstellung des Rechnungsabschlusses

A. Die Pflicht zur laufenden Buchführung	15
I. Sinn und Zweck der Buchführungspflicht	15
1. Externe Rechnungslegungszwecke	15
2. Interne Rechnungslegungszwecke	16
II. Zum Inhalt der Buchführungspflicht	17
III. Zur Gestaltungsfreiheit im Rahmen der Buchführung	18
1. Die generelle Pflicht zur ordnungsgemäßen Buchführung	18
2. Die Organisation der Buchführung	18
3. Die Verantwortlichkeit für die Buchführung	19
4. Gesellschaftsrechtliche Gestaltungsmittel	21
a) Die Geschäftsordnung	21

	Seite
b) Das Weisungsrecht der Gesellschafter	22
c) Der Gesellschaftsvertrag	23
d) Der Anstellungsvertrag	23
B. Die Pflicht zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts	24
I. Sinn und Zweck von Jahresabschluß und Lagebericht	25
II. Zum Inhalt des Jahresabschlusses und Lageberichts	25
1. Der Jahresabschluß	25
2. Der Lagebericht	27
III. Zur Dispositivität des materiellen Rechnungslegungsrechts	28
1. Die gesetzliche Rechnungslegung als unabdingbare Mindestpflicht	28
a) Die Auswirkungen des neuen Bilanzrechts in der Praxis	28
b) Die 4. Bilanzrichtlinie als europarechtliche Mindestvorgabe	29
aa) Die Rechtswirkung europäischer Richtlinien auf das nationale Recht	29
bb) Die Auslegung der 4. Bilanzrichtlinie	30
cc) Die Auswirkungen auf das nationale Recht	31
c) Besondere Regelungsziele des deutschen Bilanzrichtlinien-Gesetzes?	32
2. Privatautonome Gestaltungsmöglichkeiten bei der Abschlußerstellung	32
a) Der Grundsatz möglichst wahrheitsgetreuer Abschlußerstellung [§ 264 Abs. 2 HGB]	33
b) Die gesetzlichen Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte	34
c) Der Ausweis freiwilliger Jahresabschluß-Daten	36
d) Die Ausgestaltung des Lageberichts	37
IV. Rechnungslegungsergänzende Informationspflichten	38
1. Der Erkenntniswert der gesetzlichen Rechnungslegung	39
2. Die Pflicht der Geschäftsleitung zur ausreichenden Selbstinformation	40
3. Der leitungsspezifische Informationsbedarf der GmbH-Gesellschafter	42
a) Das gesteigerte Informationsinteresse der Gesellschafter	42
b) Zu einem GmbH-spezifischen Gesellschafter-Informationssystem	42
4. Besondere Informationswünsche außenstehender Dritter	45
V. Zum Aufstellungsverfahren	46
1. Die Zuständigkeit der Geschäftsführer für den Rechnungsabschluß	46
a) Die Pflicht zur Aufstellung eines bloßen Abschlußentwurfes	46

	Seite
b) Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der Abschlußaufstellung	48
2. Der Bilanzausschuß der Gesellschafter	49
VI. Die Frist zur Aufstellung des Rechnungsabschlusses	50
1. Die Aufstellungsfrist in prüfungspflichtigen Gesellschaften	51
a) Die gesetzliche Ausgangslage	51
b) Gesellschaftsvertragliche Fristenregelungen	52
2. Die Aufstellungsfrist in den kleinen Gesellschaften	53
a) Die gesetzliche Ausgangslage	53
b) Gesellschaftsvertragliche Fristenregelungen	55

2. Kapitel
Die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts
durch den Abschlußprüfer

A. Sinn und Zweck der Abschlußprüfung	56
I. Die Abschlußprüfung als Mittel zur Sicherung der externen Publizität	57
II. Die Abschlußprüfung als Mittel zur Verbesserung des gesellschaftsinternen Informationsflusses	57
III. Die Befreiung der kleinen GmbH von der Prüfungspflicht	59
 B. Gegenstand und Umfang der Abschlußprüfung	 60
I. Die gesetzliche Ausgangslage	60
1. Zum Gegenstand der Abschlußprüfung	60
2. Zum Umfang der Abschlußprüfung	61
II. Zur Dispositivität der Prüfungspflicht	63
1. Die gesetzliche Abschlußprüfung als unabdingbare Unternehmenskontrolle	63
2. Die Vornahme freiwilliger Prüfungen	64
a) Die freiwillige Abschlußprüfung in kleinen GmbHs	64
aa) Die Zulässigkeit freiwilliger Abschlußprüfungen	64
bb) Die Prüfungsgrundsätze für freiwillige Abschlußprüfungen	65
cc) Die gesellschaftsinterne Zuständigkeit für die Einführung freiwilliger Prüfungen	66
b) Freiwillige Zusatzprüfungen in mittleren und großen Gesellschaften	67
aa) Zur Notwendigkeit weiterer Prüfungsmaßnahmen	67
bb) Die Zulässigkeit freiwilliger Zusatzprüfungen	69

	Seite
cc) Die gesellschaftsinterne Zuständigkeit für die Anordnung freiwilliger Zusatzprüfungen	69
dd) Schuldrechtlicher oder korporationsrechtlicher Prüfungsauftrag?	70
C. Zur Bestellung und Abberufung des Abschlußprüfers	72
I. Der zur Abschlußprüfung befugte Personenkreis	72
1. Die doppelte Prüferbefugnis	72
2. Gesellschaftsvertragliche Vereinbarungen über die Prüferperson	74
II. Die Unabhängigkeit des Abschlußprüfers	77
1. Die gesetzlichen Ausschlußgründe	77
a) Die institutionelle Inkompatibilität des Abschlußprüfers	77
b) Die tätigkeitsbedingte Inkompatibilität des Abschlußprüfers	77
aa) Abschlußprüfung und Abschlußkorrektur	78
bb) Abschlußprüfung und Abschlußberatung	78
cc) Abschlußprüfung und Steuerberatung	80
c) Die vermögensbezogene Inkompatibilität des Abschlußprüfers	81
2. Gesellschaftsvertragliche Unvereinbarkeitsregelungen	81
3. Die Rechtsfolgen bei Verletzung der Unvereinbarkeitsbestimmungen	82
III. Die Bestellung des Abschlußprüfers durch die Gesellschaft	84
1. Die Wahl des Abschlußprüfers	84
a) Die Teilnahme des Gesellschafter-Geschäftsführers an der Wahl	84
b) Die Zuständigkeit der Gesellschafter für die Wahl des Abschlußprüfers	86
aa) Gesellschaftsvertragliche Abreden über die Wahlkompetenz	86
bb) Die gesetzliche Kompetenzordnung als unabdingbarer Mindestschutz für den Abschlußprüfer	90
cc) Konsortialabreden über die Wahl des Abschlußprüfers	91
c) Beschlußmehrheiten bei der Prüferwahl	92
d) Der Zeitpunkt der Prüferwahl	93
e) Zum Vorschlagsrecht des Aufsichtsrats für den Abschlußprüfer	94
2. Die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlußprüfer	95
a) Die Geschäftsführer als ausführendes Organ der GmbH	95
b) Ermessensspielräume bei der Vergabe des Prüfungsauftrages	96
3. Die Dauer des Prüfungsmandats	98
a) Die Risiken einer alljährlichen Neuwahl	98
b) Gesellschaftsvertragliche Regelung über die Wahlperiode	98
IV. Die gerichtliche Ersetzung und Bestellung des Abschlußprüfers	100
1. Das Verbot der freien Abberufung des Abschlußprüfers	100

	Seite
2. Die gerichtliche Ersetzung des gewählten Abschlußprüfers	100
a) Sinn und Zweck des Ersetzungsverfahrens	100
b) Gesellschaftsvertragliche Abreden über die Ersetzung des Abschlußprüfers	101
aa) Das gerichtliche Ersetzungsverfahren als hoheitliche Kontrolle des Abschlußprüfers	101
bb) Die Antragsbefugnis zur Abberufung	102
cc) Widerspruch und Antragsfrist	104
c) Die Auswahl des neuen Prüfers	106
3. Die gerichtliche Bestellung des Abschlußprüfers	106
a) Sinn und Zweck der Ersatzbestellung	106
b) Gesellschaftsvertragliche Abreden über die Ersatzbestellung	107
4. Die Kündigung des Prüfungsauftrages durch den Abschlußprüfer	108
a) Der Kündigungsgrund	108
b) Vereinbarungen über den Kündigungsgrund	109
c) Folgepflichten aus der Kündigung des Prüfungsverhältnisses	110
 D. Zum Ablauf des Prüfungsverfahrens	111
I. Die Pflicht des Abschlußprüfers zur ordnungsgemäßen Abschlußkontrolle	111
II. Das gerichtliche Entscheidungsverfahren über Einzelfragen der Rechnungslegung	113
III. Die Einschaltung der Gesellschafter in das Prüfungsverfahren	114
 E. Das Ergebnis der Abschlußprüfung	116
I. Der Bestätigungsvermerk	116
1. Sinn und Zweck des Testats	116
2. Abreden über das Testat	118
a) Die Pflicht des Abschlußprüfers zur eigenverantwortlichen Testatserteilung	118
b) Der Bestätigungsbericht	119
II. Der Prüfungsbericht	120
1. Sinn und Zweck des Prüfungsberichts	120
2. Vereinbarungen über den Prüfungsbericht	121
a) Der Verzicht auf den Prüfungsbericht	121
b) Zur inhaltlichen Ausgestaltung des Prüfungsberichts	123
c) Die direkte Vorlage des Prüfungsberichts an die Gesellschafter	125

3. Kapitel	
Die Prüfung der Rechnungslegung durch den Aufsichtsrat	
A. Die verschiedenen Aufsichtsratsmodelle	127
I. Der fakultative Aufsichtsrat	127
II. Der obligatorische Aufsichtsrat nach den Mitbestimmungs-Gesetzen	128
III. Der Beirat	128
B. Zur Prüfung und Berichterstattung über die Abschlußunterlagen	129
I. Die Vorlage der Prüfungsunterlagen	130
1. Zum Vorlageanspruch des Aufsichtsrates	130
2. Die vorzulegenden Abschlußunterlagen	131
a) Die gesetzliche Vorlagepflicht	131
b) Gesellschaftsvertragliche Regelungen über die Vorlagepflicht	133
3. Die Vorlagefrist	134
a) Die gesetzliche Fristenregelung	134
b) Gesellschaftsvertragliche Fristenregelungen	135
4. Die Gesellschafter als vorlegendes Organ	135
II. Die Prüfung der Abschlußunterlagen	136
1. Der Prüfungsmaßstab	136
2. Zur Autarkie des Aufsichtsrates	137
a) Eigenverantwortliche Prüfung und externe Beratung	137
b) Zu einer gesellschaftsvertraglich erlaubten externen Beratung	139
3. Der Bilanzausschuß des Aufsichtsrates	140
III. Der Bericht an die Gesellschafter	141
1. Zum Inhalt der Berichtspflicht	141
2. Die Frist zur Prüfung und Berichterstattung	143
a) Die gesetzliche Frist	143
b) Vertragliche Fristenregelungen	144
C. Zur Teilnahme des Abschlußprüfers an der Bilanzsitzung	145
I. Die Anwesenheitspflicht des Abschlußprüfers in Aufsichtsräten, die ausschließlich den Jahresabschluß prüfen	145
1. Die gesetzliche Anwesenheitspflicht	145
2. Gesellschaftsvertragliche Regelungen über die Teilnahmepflicht	146
II. Die Anwesenheitspflicht des Abschlußprüfers in Aufsichtsräten, die statutarisch zur Abschlußfeststellung ermächtigt sind	148
1. Das gesetzliche Ladungsrecht als Individualanspruch	148
2. Gesellschaftsvertragliche Regelungen über die Teilnahmepflicht des Abschlußprüfers	149

	Seite
a) Die statutarische Einräumung des individuellen Ladungsrechts	149
b) Die statutarische Beibehaltung des kollektiven Ladungsrechts	150
D. Zur Einsicht und Aushändigung der Prüfungsvorlagen	151
I. Die Rechtsgrundlage für das Einsichts- und Aushändigungsrecht	151
II. Die Pflicht zur Kenntnisnahme der Abschlußunterlagen	152
1. Die individuelle Informationspflicht jedes Aufsichtsratsmitglieds	152
2. Privatautonome Regelungen über das Einsichtsrecht	153
III. Das Recht auf Aushändigung der Prüfungsvorlagen	155
1. Das gesetzliche Aushändigungrecht	155
2. Privatautonome Regelungen über das Aushändigungrecht	156
a) Regelungsmöglichkeiten in mitbestimmten Aufsichtsräten	156
b) Regelungsmöglichkeiten in mitbestimmungsfreien Aufsichtsräten	156
E. Zu den Auswirkungen der Neuregelung auf die Funktion des Aufsichtsrates in der GmbH	157
I. Der fakultative Aufsichtsrat	157
II. Der betriebsverfassungsrechtliche Aufsichtsrat	158
III. Die paritätisch besetzten Aufsichtsräte	159

4. Kapitel **Die Feststellung des Rechnungsabschlusses**

A. Zur Vorlage der Feststellungsunterlagen	160
I. Die Vorlagepflicht der Geschäftsführer	160
II. Die vorzulegenden Unterlagen	161
III. Die Vorlagefrist	163
1. Die gesetzliche Fristenregelung	163
2. Gesellschaftsvertragliche Fristenregelungen	164
B. Der Feststellungsbeschuß	164
I. Die Gesellschafter als Feststellungsorgan	164
1. Die gesetzliche Organkompetenz	164
2. Gesellschaftsvertragliche Abreden über die Feststellungskompetenz	165
II. Zum Gegenstand des Feststellungsbeschlusses	166

	Seite
III. Objektive Grenzen der Abschlußfeststellung	168
1. Die Bindung des Feststellungsglands an das vorgegebene Bilanzrecht	168
2. Die Wirksamkeitsvoraussetzungen von Gesellschafterbeschlüssen im Rahmen der Abschlußfeststellung und Ergebnisverwendung	168
IV. Zur Beschußfassung	170
V. Die Feststellungsfrist	170
1. Die gesetzliche Feststellungsfrist	170
2. Gesellschaftsvertragliche Fristenregelungen	171
VI. Jahresabschlußfeststellung und Ergebnisverwendung	171
 C. Zum Recht des einzelnen Gesellschafters auf Kenntnisnahme und Aushändigung der Jahresabschluß-Unterlagen	 173
I. Das gesetzliche Informationsrecht	173
1. Zur Einsicht in die Jahresabschluß-Unterlagen	173
2. Zur Verweigerung der Jahresabschluß-Unterlagen	175
II. Gesellschaftsvertragliche Regelungen über die Jahresabschluß-Unterlagen	177
1. Der Rechnungsabschluß als unabdingbare Mindestinformation jedes Gesellschafters	177
2. Gesellschaftsvertragliche Regelungen über die Prüfungsberichte des Abschlußprüfers bzw. Aufsichtsrates	178
a) Gesellschaftsvertragliche Absicherungen der Einsichts- und Aushändigungsgarantie	178
b) Der Ausschluß der Gesellschafter von den Prüfungsberichten .	179
 D. Zur Teilnahme des Abschlußprüfers an den Verhandlungen über die Feststellungen des Rechnungsabschlusses	 182
I. Die Pflicht des Abschlußprüfers zur Teilnahme	182
1. Die gesetzliche Teilnahmepflicht	183
a) Die Teilnahmepflicht bei obligatorischen und freiwilligen Prüfungen	183
b) Der Antrag des Gesellschafters auf Teilnahme des Abschlußprüfers an der Bilanzsitzung	184
c) Die Sanktionen bei einer unberechtigten Teilnahmeverweigerung	185
d) Die klageweise Durchsetzung der Teilnahmepflicht	186
2. Gesellschaftsvertragliche Regelungen über die Teilnahmepflicht	187
a) Die statutarische Einführung des Mehrheitsprinzips	187
b) Das Ladungsrecht der Gesellschafter bei einer statutarisch verlagerter Feststellungskompetenz	189

	Seite
c) Die weitere statutarische Absicherung des Gesellschafter-Ladungsrechts	191
II. Die Pflicht des Abschlußprüfers zur Auskunftserteilung	192
1. Die gesetzliche Auskunftspflicht	192
a) Der gesetzliche Auskunftsanspruch des einzelnen Gesellschafter	192
b) Der Umfang der Auskunftspflicht	193
2. Gesellschaftsvertragliche Regelungen über die Auskunftspflicht	194
E. Zur Vorbereitung des Feststellungsbeschlusses	194
I. Die Pflicht der Geschäftsführer zur Herbeiführung des Feststellungsbeschlusses	194
II. Privatautonome Vereinbarungen über die Vorbereitungspflichten der Geschäftsleitung	196
F. Zur Nichtigkeit des festgestellten Jahresabschlusses	196
I. Die einzelnen Nichtigkeitsgründe	197
II. Gesellschaftsvertragliche Abreden über die Nichtigkeit des festgestellten Jahresabschlusses	198

5. Kapitel
Die Verwendung des Jahresergebnisses

A. Zur Regelung der Ergebnisverwendung	199
I. Die Gewinnverwendung nach bisherigem Recht	199
II. Die Gewinnverwendung unter dem Bilanzrichtlinien-Gesetz	200
1. Die Gewinnverwendung in sog. Neugesellschaften	201
a) Die gesetzliche Gewinnverwendung durch mehrheitlichen Gesellschafterbeschuß	201
b) Die Gewinnverwendung durch gesellschaftsvertragliche Regelung	204
c) Die Gewinnverwendung im Wege der sog. Satzungsdurchbrechung	205
2. Die Gewinnverwendung in sog. Altgesellschaften	206
a) Die vorübergehende Fortgeltung des überkommenen Rechts	206
b) Zur Anpassung des überkommenen Rechts	207
aa) Die vorläufige Registersperre	207
bb) Der Zwang zur „Satzungsbefassung“	208

	Seite
B. Zur Behandlung bereits vorhandener stiller Reserven	211
I. Zur Notwendigkeit einer Übergangsregelung	211
II. Zur Aufdeckung der stillen Reserven	212
1. Die zwangsweise aufzudeckenden Reserven	212
2. Die wahlweise aufzudeckenden Reserven	213
III. Zur Verwendung der stillen Reserven	214
IV. Grundsätze für die Ausübung der Wahlrechte	214
C. Der Ergebnisverwendungsbeschluß	216
I. Zur gesellschaftsinternen Zuständigkeit für die Ergebnisverwendung	216
II. Die erforderlichen Beschlusstmehrheiten	217
III. Die Frist zur Beschlusffassung über die Ergebnisverwendung	218
D. Zur Absicherung der Gesellschafterminderheit	218
I. Das allgemeine Anfechtungsrecht	218
1. Die gesetzlichen Voraussetzungen der Anfechtungsklage	218
2. Zur Dispositivität des Anfechtungsrechts	219
II. Die Anfechtungsklage wegen übermäßiger Rücklagenbildung	220
1. Die gesetzlichen Voraussetzungen der gewinnbezogenen Anfechtungsklage	220
2. Zur Dispositivität des gewinnbezogenen Anfechtungsrechts	222
III. Das gesetzliche ordentliche Austrittsrecht des einzelnen Gesellschafters	222

6. Kapitel

Die Publizitätspflicht der GmbH

A. Sinn und Zweck der Rechnungslegungspublizität	224
B. Zur abgestuften Publizitätspflicht der GmbH	226
C. Gesellschaftsvertragliche Abreden über die Publizitätspflicht	228
I. Zu den Nachteilen einer Offenlegungspflicht	228
II. Die gesetzliche Publizitätspflicht als unabdingbare Mindestinformation über die Unternehmenslage	229
1. Europarechtliche Grenzen der Gestaltungsfreiheit	229
2. Die Rückwirkungen der Bilanzrichtlinie auf das deutsche Recht	230
III. Freiwillige Publikationen	231

	Seite
D. Organisatorische Ausweichmöglichkeiten zur Vermeidung der Publizitätspflicht	232
I. Die GmbH & Co. KG	232
II. Die Betriebsaufspaltung	234
III. Die Vorabdividende	235
IV. Gesamtwürdigung	236
E. Zur organisatorischen Abwicklung der Publizität	237
I. Die Einreichung der Jahresabschluß-Unterlagen als Geschäftsführungsmaßnahme	237
II. Publikationsstelle und Veröffentlichungsfrist	238
7. Kapitel	
Gestaltungsfreiheit und Satzungsstrenge unter dem Bilanzrecht der GmbH (ein Resumé)	
A. Die Auswirkungen des Bilanzrichtlinien-Gesetzes auf die Unternehmensverfassung der GmbH	240
I. Grundsätzliches zur Bewertung des Bilanzrichtlinien-Gesetzes	240
1. Satzungsstrenge Bilanzrecht	240
2. Disponibles Organisationsrecht	241
II. Die Regelungskomplexe im einzelnen	242
1. Die Aufstellung des Rechnungsabschlusses	242
2. Die Prüfung des Rechnungswesens durch den Abschlußprüfer	243
3. Die Prüfung des Rechnungswesens durch den Aufsichtsrat	245
4. Die Feststellung des Rechnungsabschlusses	246
5. Die Verwendung des Jahresergebnisses	247
6. Die Publizitätspflicht der GmbH	248
B. Zur Rechtfertigung einer GmbH-spezifischen Rechnungslegung	249
I. Die Gefahr einer satzungsstrenge Einheitsgesellschaft	249
II. Zum Bedürfnis nach einer flexiblen Gesellschaftsform	249
III. Rechtsformübergreifende Gesetzesregelung und GmbH-spezifische Norminterpretation	253
Literaturverzeichnis	255
Übersicht über die Gesetzesmaterialien zur Transformation der 4. Bilanzrichtlinie	285
Stichwortverzeichnis	287